

Rede des Oberbürgermeisters anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010/2011 sowie des 1. Teils des Haushaltssicherungskonzeptes
Hinweis: Es wird hier nicht der komplette Wortlaut der Rede veröffentlicht, sondern lediglich die wichtigsten Inhalte in Stichworten.

Die Situation Wuppertals ist durch folgende Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

- Demographische Entwicklung mit weiter prognostizierter abnehmender Bevölkerung in Wuppertal sowie zunehmender Alterung der Menschen.
- Gravierender struktureller Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere im produzierenden Gewerbe in den vergangenen 15 Jahren.
- Veränderte Sozialstrukturen durch die Zunahme der Empfänger von Transferleistungen.

Im Übrigen mussten wir viele externe negative Einwirkungen hinnehmen.

Bund und Land haben in der Vergangenheit immer wieder Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt, ohne für die Bereitstellung entsprechender Finanzausstattung zu sorgen (Verletzung des Konnexitätsprinzipes).

Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren immer wieder Entscheidungen zu Lasten der Kommunen getroffen worden:

Die Unternehmenssteuerreform 2000 hat damals zum Einbruch der Gewerbesteuer von 150 Mio. Euro auf rd. 95 Mio. Euro geführt.

Durch die Festschreibung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sind erhebliche kommunale Investitionen erforderlich gewesen.

Die Kommunalisierung der Umwelt- sowie der Versorgungsverwaltung hat zur Erhöhung der Personal- und Sachkosten geführt.

Zur Sicherstellung der Übermittagsbetreuung im Rahmen der offenen Ganztagschulen mussten wir umfangreiche Umbaumaßnahmen vornehmen.

Ganz gravierend wirken sich zwei Punkte aus:

- Belastung durch den Fonds Deutsche Einheit (seit 1991: rd. 300 Mio. Euro, die wir durch Kassenkredite finanzieren müssen).
- Sukzessive Absenkung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von ehemals 29,1 % auf aktuell 23 %
(saldiert: minus 54 Mio. Euro).

In den kommenden Jahren wird der vorgesehene weitere Ausbau der Betreuung der Kinder unter drei

Jahren zu erheblichen Belastungen des städtischen Haushaltes führen.

Auch durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden rd. 8,3 Millionen Euro zusätzliche Kosten für Wuppertal prognostiziert.

Wir haben also sowohl mit dem Ausfall von Einnahmen als auch mit erhöhten Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich zu kämpfen.

Schließlich müssen wir uns auf die sich aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ergebenden Konsequenzen einstellen.

Unsere Haushaltslage ist durch ein strukturelles Defizit von rd. 220 Mio. Euro gekennzeichnet.

Ursache dafür sind erhebliche Einbrüche bei der Gewerbesteuer (prozentuale Verschlechterung gegenüber dem Haushaltsansatz von rd. 46 %) sowie Verschlechterungen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer:

Hinweis: Im Jahre 2000 war die Summe aus Gewerbesteuer, Gemeindeanteil Einkommenssteuer und Schlüsselzuweisungen höher als im Jahre 2009!

Unsere Kassenkredite summieren sich aktuell auf rd. 1,4 Milliarden Euro und die Gesamtverschuldung beträgt knapp 2 Milliarden Euro.

Unser Eigenkapitals ist vermutlich im Jahre 2011 aufgezehrt.

Unmittelbar nachdem sich dramatische Einbrüche bei den Steuereinnahmen abzeichneten, ist Anfang Juni 2009 eine weit reichende Haushaltssperre erlassen worden.

Wir haben also sofort reagiert und überhaupt keinen Zweifel über unsere prekäre Situation gelassen.

Die strukturelle Sanierung unseres Haushalts wird uns nur gelingen, wenn Voraussetzungen erfüllt sind:

Zunächst müssen wir ein eigenes Haushaltssicherungskonzept aufstellen.

Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept ist insgesamt zwingend notwendig und ohne Alternative.

Wir haben die Maßnahmen seit Frühjahr 2009 immer angekündigt und uns auch an den angekündigten Fahrplan gehalten.

Wir haben alle Bereiche ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt.

Jetzt liegen verantwortbare und vertretbare Vorschläge vor, die teilweise bis an die Grenze dessen gehen, was mit der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt noch zu vereinbaren ist.

Wir haben mit dem HSK den Beweis geliefert, dass wir alles in unserer Kraft Mögliche und Verantwortbare tun,

um unseren kommunalen Beitrag zur Entschuldung zu leisten – mehr geht nicht!

Wir zeigen, dass wir Verantwortung für die Stadt übernehmen, denn dauerhafte Verschuldung geht immer zu Lasten zukünftiger Generationen!

Heute legen wir in einem ersten Schritt ein Maßnahmenpaket zum HSK vor, das eine Summe von rd. 44 Mio. Euro umfasst – also immerhin rd. die Hälfte des gesamten HSK.

Die weiteren Maßnahmen des HSK müssen in den nächsten Ratssitzungen entschieden werden.

Dieses HSK ist auch Beleg dafür, dass wir zu Recht Hilfe von Außen fordern können – denn ohne unsere eigenen Anstrengungen verschwendet niemand sonst einen Gedanken an Hilfe für uns.

Die zweite Säule der Haushaltskonsolidierung sind die Bürgerinnen und Bürger selbst; sie werden durch höhere Beiträge und Nutzungsentgelte gefordert. Darüber hinaus wird es zu Schließungen von Einrichtungen, Verringerung des Dienstleistungsangebotes und zur Reduzierung von Öffnungszeiten kommen.

Unser HSK enthält hier schon ganz konkrete Maßnahmen wie z.B. Erhöhung der Eintrittsgebühren für den Zoo und das Sinfonieorchester.

Aber all dies reicht nicht: Ohne Hilfe von Außen kommen wir aus unserer Schuldenfalle nicht heraus.

Unser HSK enthält Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von ca. 80 Mio. Euro – über den gesamten Zeitraum von 216 Mio. Euro.

Unser strukturelles Defizit beträgt rd. 220 Mio. Euro – davon ist fast die Hälfte bedingt durch die Folgen der Wirtschaftskrise; weitere ca. 52 Mio. Euro müssen wir als Zinsaufwand für Kassenkredite berücksichtigen.

Dies heißt: Auch wenn alle Maßnahmen des HSK beschlossen und umgesetzt werden, wird es nicht gelingen, den strukturellen Fehlbetrag im städtischen Haushalt zu beseitigen.

Deshalb brauchen wir – als dritte Säule – Hilfe vom Bund.

Hier geht es zuallererst um die Entlastung bei den Sozialausgaben. Da es sich hier um Ausgaben gesamtgesellschaftlicher Art handelt, ist eine dauerhafte Finanzierungsbeteiligung des Bundes dringend erforderlich.

Nur wenn die Kommunen von diesen Kosten entlastet werden, haben sie eine Chance auf finanzielle Gesundung. Wichtigster Schritt ist eine höhere Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft.

Darüber hinaus muss endlich eine Freistellung der notleidenden Städte von den Zahlungen in den Fonds Deutsche Einheit erfolgen (Zahlungen nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit).

Als vierte Säule muss das Land den Kommunen helfen. Hierzu haben 19 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die sich zu einem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

zusammengeschlossen haben, konkrete Vorschläge vorgelegt (Essener Signal).

Gemeinsam mit den Kommunen sollen Landtag und Landesregierung einen Entschuldungsfonds einrichten. Dieser soll in einem Zeitraum von 10 Jahren zu einem weitgehenden Abbau der Kassenkredite führen. Dazu wird ein Landesbeitrag von mindestens 800 Mio. Euro pro Jahr als Grundstock benötigt. Die bisher angekündigten Zinshilfen reichen hier bei weitem nicht aus.

Eine Hilfe zur Entschuldung der Kommunen kann nicht ohne Gegenleistung gewährt werden und ist an strenge Voraussetzungen zu knüpfen. Die Kommunen selbst müssen alle Potenziale zur Kostensenkung nutzen und umsetzen – es darf keine Tabus geben. Im Übrigen muss ein Verschuldungsverbot festgeschrieben werden.

Oberbürgermeister und Stadtdirektor haben seit langem auf den verschiedensten Ebenen auf die Situation der Kommunen hingewiesen und deutlich gemacht, dass eine strukturelle Gemeindefinanzreform unverzichtbar ist.

Und wir haben das Thema frühzeitig öffentlich gemacht und auch den Konflikt nicht gescheut.

Unser Ziel war es, eine Sensibilität für das Thema zu erreichen, Überzeugungsarbeit zu leisten und Verbündete zu gewinnen.

Dies ist uns jetzt gelungen:

Der Handlungsbedarf ist bei Bund und Land angekommen.

Der Bund hat eine Enquete-Kommission eingesetzt und will die Kommunen daran beteiligen.

Vom Land erwarten wir sehr bald ein verbindliches politisches Signal zu den Vorschlägen der Memorandums-Kommunen.

Die Entwicklung unterschiedlicher Lebensverhältnisse in den Kommunen muss gebremst werden, ein völliges Wegbrechen der kommunalen Selbstverwaltung muss verhindert werden.

Die Hartnäckigkeit, mit dem wir das Thema verfolgt haben, hat sich ausgezahlt – auch wenn hier ein schmaler Grat beschritten worden ist:

Wuppertal wird in den Medien jetzt häufig als Beispiel einer Stadt genannt, die mit den negativen Konsequenzen der finanziellen Situation umgehen muss. Aber wir brauchen eine breite Mehrheit in unserem Land, die von der Notwendigkeit der Neuordnung der Kommunalfinanzen überzeugt ist.

Auf einen Punkt möchte ich ganz besonders eingehen: Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass uns untersagt wird, Auszubildende einzustellen und Auszubildende zu übernehmen.

Damit berauben uns unseres Nachwuchses, der wichtig ist, um unsere Verwaltung modern und serviceorientiert zu erhalten.

Und: Wir können unsere Vorbildfunktion gegenüber den privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr wahrnehmen – ein fatales Signal!

Darüber hinaus kann ich es auch nicht akzeptieren, dass wir keine Beförderungen mehr vornehmen dürfen. Ich erwarte, dass das Land diese Entscheidungen korrigiert.

Trotz dieser Rahmenbedingungen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung hoch motiviert und nehmen ihre Aufgaben sachkompetent und äußerst bürgerfreundlich wahr. Sie leisten damit einen großen Beitrag zum positiven Image unserer Verwaltung nach Außen!

Wuppertal hat trotz der finanziell eingeschränkten Rahmenbedingungen eine gute Zukunft und bleibt liebens- und lebenswert.

Vorzeigbares in der Kultur:

- Von der Heydt-Museum mit seiner herausragenden abgeschlossenen Monet-Ausstellung.
- Glanzvolles Opernhaus.
- Historische Stadthalle.

Stadtentwicklungsmaßnahmen:

- Umgestaltung des Döppersbergs
 - Nordbahntrasse

Bildung und Sport:

- Sanierte Schwimmbäder
- Investitionen in die Übermittagsbetreuung
- Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturpaketes mit Schwerpunkt der energetischen Sanierung in Schulen und Kindergärten
- Sanierung des Hauses der Jugend
- Junior-Universität

Diese Maßnahmen und Projekte belegen, dass Wuppertal eine Stadt mit Zukunft und Potenzial ist!

Ich bedanke mich zum Abschluss bei allen, die sich ehrenamtlich für unsere Stadt einsetzen.

Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Stadtdirektor Dr. Slawig und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes sowie am HSK mitgearbeitet haben.

Ich bitte den Rat, die HSK-Maßnahmen mit zu tragen und auch in Zukunft Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu übernehmen.